



Die Schauspieler Jonathan Loosli (l.) und Claudius Körber rezitierten und interpretierten in Bern den «Reportagen»-Text theatralisch. BILDER: PETER SCHIBLI

Die «Causa Blausee» als Realsatire

BERN Weshalb starben die Fische im Blausee? Kann man das Trinkwasser in Frutigen noch trinken? Wer ist für den Umweltskandal verantwortlich? Diese und andere Fragen standen im Zentrum einer Veranstaltung am Stadttheater.

PETER SCHIBLI

Einen Umweltskandal kann man in einer Fotoreportage, einem Bericht, in einem Kommentar, einem Dokumentarfilm oder in einem Podcast verarbeiten. Das Magazin «Reportagen» und «Bühnen Bern» versuchten es mit einem neuen Format: mit einer szenischen Lesung. In der Mansarde des ehemaligen Stadttheaters Bern interpretierten am vergangenen Donnerstag zwei Schauspieler einen «Reportage»-Text über den Blausee als Realsatire.

Der kürzlich erschienene Artikel arbeitet das Fischsterben und den «Umweltkrimi» detailreich auf. Mitschuldig an der Vergiftung waren laut «Reportagen» auch illegale Ablagerungen einer Baufirma. Der Kanton, die Baubranche, Experten und die Betreiber der Forellenzucht tragen seither juristische Kämpfe aus.

Regierungsrat als Zuhörer

Am vergangenen Donnerstag lasen die beiden Schauspieler Jonathan Loosli und Claudius Körber auf der Theaterbühne den 30-seitigen Text, dramatisch gestaltet, durch Stimme und Gesten interpretiert, teilweise karikierend und überspitzt. Verantwortliche des Kantons, der BLS, der beteiligten Firmen, der Polizei sowie der Gemeindepräsi-

dent von Kandergrund wurden beim Namen genannt. Auch der im Saal anwesende Regierungsrat Christoph Neuhaus bekam sein Fett weg. All dies zum Gaudi des zahlreich erschienenen Publikums. Mehrmals gabs für die beiden Schauspieler Szenenapplaus.

Wortgewaltig zeigten die als Bauarbeiter mit Schutzhelmen kostümierten Protagonisten die Zusammenhänge zwischen dem kontaminierten Tunnelmaterial, den deponierten Giftstoffen, der Grundwasserverschmutzung und den toten Forellen auf. Der Begriff «Abfallmafia» fiel mehrfach. Unbekannte Fakten wurden keine präsentiert, aber für Unterhaltung war gesorgt. Die Frage sei jedoch erlaubt, ob sich das neue Format für die Verarbeitung von Umweltskandalen eignet. Denn eigentlich ist die «Causa Blausee» alles andere als lustig.

Am Ende angriffig

Nach der rund einstündigen Inszenierung stand der Genfer Geologe Walter Wildi dem «Reportagen»-Chefredaktor Daniel Puntas Bernet Red und Antwort. Schlagartig änderte sich der Ton. Schonungslos attackierte der Experte die Verantwortlichen des Kantons, die eine rasche und vollständige Aufklärung des Umweltskandals verhindert hätten. Ausser in Bern seien solche Machenschaften nur noch in den Kantonen Basel-Stadt (Chemiestandort) und Wallis (Lonza-Standort) möglich. Die Berner Regierung ist laut Wildi «Teil des Systems». In der hiesigen Abfallbranche würden «Angst und Terror» herrschen. Der Geologe hob die «Causa Blausee»

auf dieselbe Stufe mit den Umweltskandalen in der Deponie Teuftal (bei Mühleberg) und Bonfol (ehemals Bern, heute Kanton Jura). Dabei wäre eine Sanierung des kontaminierten Bodens oberhalb des Blausees gar nicht so schwierig. Drei bis vier Jahre wären dafür nötig, aber die Verantwortlichen müssten halt wollen, sagte er. Zum Schluss gab der Experte weitere praktische Empfehlungen an das kantonale Amt für Wasser und Abwasser, doch da hatte der zuständige Regierungsrat den Saal bereits verlassen.



Der Geologe Walter Wildi attackierte die Verantwortlichen des Kantons schonungslos.

126 Denkanstösse für die Politik

LANDWIRTSCHAFT Während der letzten sechs Monate entwarf der Bürger:innenrat die Ernährungspolitik der Zukunft (siehe Artikel in der letzten Ausgabe). Nun hat das Gremium von 85 zufällig ausgewählten Freiwilligen ein Dokument mit 126 Empfehlungen verabschiedet, die sich an die politischen Entscheidungsträger und wichtige zentrale Player in der Landwirtschaft richten.

Die ausgearbeiteten Empfehlungen sind in die fünf Themenschwerpunkte Gesundheit, Umwelt, Soziales, Wirtschaft und Produktion eingeteilt. Zum Team «Produktion» gehörte mit Urs Weibel auch ein Frutigländer. Seine Gruppe diskutierte die Frage, wie eine ausgewogene

und nachhaltige Ernährung der Zukunft aussehen könnte. Die Förderung saisonaler, standortangepasster und regionaler Produkte war ebenso Themenschwerpunkt wie die Frage nach der fairen Entlohnung der Produzenten. Die Massnahmen richten sich teilweise an die Landwirte, aber auch an den Detailhandel, den Gesetzgeber oder die Forschung.

«Mit dem Bürger:innenrat hat die Bevölkerung in diesem Rahmen erstmals eine Stimme erhalten, um Empfehlungen für konkrete Massnahmen für eine zukünftige Ernährungspolitik in die laufende Diskussion einzubringen», erklärt Projektleiter Daniel Langmeier. Mit dem Bürger:innenrat wurde ein Impuls des

Bundesrats aufgenommen. Dieser strebt mit seiner «Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030» einen Wandel hin zu einem nachhaltigen Ernährungssystem in der Schweiz an und setzt dabei auf Dialog. Die Transformation der Ernährungssysteme könne nur gelingen, wenn alle AkteurInnen beteiligt seien, lässt das Bundesamt für Landwirtschaft verlauten. Deshalb begrüsse man diesen Dialog unter BürgerInnen und schätze die geleistete Arbeit.

JULIAN ZAHND

Alle Empfehlungen des Bürger:innenrats finden Sie auf www.frutiglaender.ch im Bereich Web-Links.

Ein «Booster» für die Energiewende?

FORTSETZUNG VON SEITE 1

«BKW-Rappen» für kommunale Projekte Obwohl die Veranstaltung zweifellos auch für die ZEFF-Initiative werben soll, betont Künzi: «Der ZEFF ist nur ein Programmpunkt. Wir wollen ganzheitlich über das Thema Energiewende informieren und Möglichkeiten zu deren Umsetzung aufzeigen.» So sei auch eine kleine «Ausstellung» mit verschiedenen Info- und Gewerbeständen geplant, an der unter anderem die Haral GmbH (Biogas), die Regionale Energieberatung Thun und die Dorflädeli Frutigen GmbH vertreten sind. Durch die verschiedenen Referate und die Infostände ergibt sich nach Künzis Auffassung ein stimmiges Gesamtbild. «Wir haben den Richtplan, wir haben die Massnahmen. Nur: Wie soll das Ganze finanziert werden?» Hier komme der ZEFF ins Spiel. «Der BKW-Rappen, den sowieso jeder von uns zahlt, stellt eine grosse Chance dar. Er könnte als «Booster» für die Energieziele eingesetzt werden.» Da diese Abgabe bei Energiegebrauch fällig werde, sei es «absolut logisch», sie auch zur Energiegewinnung einzusetzen. Und Rudolf Jungen schiebt nach: «Es geht um ca. 300'000 Franken, die jährlich im Gemeindehaushalt landen. Mit diesem Geld liesse sich auf kommunaler Ebene schon

viel umsetzen.» Bezuschussen könnte man nach Auffassung der beiden sowohl öffentliche als auch private Wasser-, Wind- Solarkraft- oder landwirtschaftliche Biogasanlagen. Wer unter welchen Bedingungen Geld aus dem Fonds erhält – und wie lange dieser Fonds überhaupt bestehen soll – sei noch im Detail zu regeln.

«Wir ziehen das jetzt durch»

Denkt man an die Energiewerkshops von 2017 zurück, könnte man meinen: Das Thema lockt nicht allzu viele Frutiger hinter dem Ofen hervor. Jungen und Künzi sind denn auch zurückhaltend mit Prognosen oder Wunschvorstellungen. «Ob 150 Leute kommen oder 30: Wir organisieren denselben Anlass mit demselben Aufwand. Wenn die Bevölkerung sich nicht informieren will, ist das auch eine Entscheidung», sagt Künzi. Und sein Mitstreiter Jungen betont: «Auch eine geringe Anzahl Besucher hindert uns nicht daran, die Initiative einzureichen. Wir ziehen das jetzt durch.»

Der Anlass findet am 14. November ab 18 Uhr im Foyer der Mehrzweckhalle Widi statt. Nebst den Referaten stehen auch eine Podiumsdiskussion und Musik auf dem Programm. Mehr erfahren Sie unter zeff.ch/infoabend

DIE «ZEFF»-INITIATOREN IM INTERVIEW



Rudolf Jungen



Urs Peter Künzi

BILDER: ZVG

«Alle Seiten waren etwas überrumpelt»

INTERVIEW Die Idee, mithilfe der Konzessionsabgabe Energieprojekte zu finanzieren, ist nicht neu. In Reichenbach beschloss die Frühjahrs-Gemeindeversammlung 2022 auf Antrag eines Bürgers, einen entsprechenden Fonds einzurichten. In Frutigen regte Rudolf Jungen schon 2016 an, die BKW-Abgaben zweckgebunden einzusetzen.

An der diesjährigen Frutiger Frühjahrs-Gemeindeversammlung versuchte er es erneut und stellte den Antrag, der Gemeinderat möge sich über die Schaffung eines zweckgebundenen Energiefonds Gedanken machen. Die Mehrheit der anwesenden Stimmbürger wies diesen Antrag jedoch als «nicht erheblich» zurück. Gemeinsam mit Urs Peter Künzi versucht Jungen nun, den Energiefonds per Gemeindeinitiative erneut zur Abstimmung zu bringen – diesmal allerdings konkreter formuliert.

Aktuell landen die 300'000 Franken aus der Konzessionsabgabe im Allgemeinen Haushalt. Damit hat die Gemeinde mehr Verwendungsspielraum, als wenn das Geld an Energieprojekte geknüpft ist. Profitieren nicht mehr BürgerInnen davon, wenn es im Allgemeinen Haushalt bleibt? Schliesslich kann nicht jeder eine Solaranlage installieren.

Künzi: Wenn es wirklich gelingt, dass die Mehrheit der benötigten Energie in Frutigen produziert wird – sei es durch öffentliche oder private Anlagen –, können letztlich alle von einem niedrigeren Strompreis profitieren. Ausserdem ist es auch bei steuerfinanzierten Projekten wie etwa neuen Strassen so, dass nicht jeder im gleichen Masse etwas davon hat. Ungerecht sind sie deswegen aber nicht.

Jungen: Der BKW-Rappen wird von Stromverbrauchern gezahlt und ist deshalb sowieso schon mit dem Thema Energie verknüpft. Also sollte er auch entsprechend verwendet werden.

Herr Jungen, Herr Künzi: Warum lassen Sie nicht locker? Akzeptieren Sie den demokratischen Beschluss der Gemeindeversammlung etwa nicht?

Rudolf Jungen: Grundsätzlich natürlich schon. Aber ich bin nicht glücklich über den Ablauf der Versammlung. Der Gemeinderat hätte meine Anregung aufnehmen und später an einer Ratssitzung behandeln können. Stattdessen wurde ich vor Ort dazu gedrängt, einen Antrag zu stellen. Weder ich noch die anwesenden Bürger waren darauf gut vorbereitet. Das wollen wir jetzt besser machen. An unserem Anlass können sich Interessierte genau informieren und bei Bedarf auch Anregungen dazu liefern, wie der Energiefonds ausgestaltet werden könnte.

Urs Peter Künzi: Wenn nur 48 von über 5000 Stimmberechtigten abstimmen, ist das nicht besonders repräsentativ – zumal alle Seiten etwas überrumpelt wurden. Wir möchten mehr Bürgern die Möglichkeit geben, sich zu informieren und anschliessend mitzuentcheiden. Wenn dann immer noch die Mehrheit gegen den Fonds ist, akzeptieren wir das selbstverständlich.

Sie sprechen schon seit Monaten vom ZEFF, haben aber noch nicht einmal mit dem Unterschriftensammeln begonnen. Warum existiert die Initiative noch nicht?

Künzi: Wir waren letzte Woche mit einem Entwurf bei der Gemeindeverwaltung und haben die Rückmeldung bekommen, dass wir stellenweise etwas detailliertere Angaben machen müssen. Vor allem müssen wir entscheiden, ob wir tatsächlich einen ausgearbeiteten Entwurf zur Abstimmung stellen wollen oder eine Anregung. Im Moment tendieren wir zum konkreten Entwurf. Es gibt schon diverse Vorlagen aus anderen Gemeinden, in denen zum Beispiel klar geregelt ist, welche Bedingungen Gesuchsteller erfüllen müssen, um einen Beitrag aus dem Energiefonds zu erhalten.

Jungen: Das Thema verliert ja nicht an Aktualität, im Gegenteil. Deshalb können wir uns auch die Zeit nehmen, eine ordentliche Vorlage vorzubereiten. Wir laden den Gemeinderat herzlich ein, daran mitzuarbeiten. Auch Anregungen aus der Bevölkerung sind uns willkommen. Der Anlass am Montag, 14. November, wäre eine gute Gelegenheit.

INTERVIEW: BIANCA HÜSING